

ÄUSSERUNGEN VON BUNDESKANZLER FRIEDRICH MERZ ZUM „STADTBILD“

Berlin, 08.11.2025

Die Äußerungen von Bundeskanzler Friedrich Merz zum “Stadtbeeld” deutscher Innenstädte, in denen er die Sichtbarkeit von Menschen mit Migrationshintergrund als ein Problem im Stadtbild betitelte, sind aus Sicht der Menschenrechtsprofession Sozialer Arbeit inakzeptabel und aufs Schärfste zu verurteilen. Die Tatsache, dass Herr Merz Migrant*innen und deren gesellschaftliche Sichtbarkeit rassistisch problematisiert ist kein neues Phänomen, sondern zieht sich wie ein roter Faden durch seine politische Karriere. Von Forderungen nach Racial Profiling an deutschen Landesgrenzen bis hin zu rassistischen Betitelungen migrantisch-gelesener Jugendlichen als die „kleinen Paschas“ – um nur einige Beispiele zu nennen. Seine Reaktion auf die Nachfrage eines Journalisten des Deutschlandfunks (DLF), wie seine Aussage gemeint sei, offenbart deutlich: Herr Merz mangelt es nicht nur an Einsicht, sondern auch an der Bereitschaft seine Aussagen zu reflektieren und zurückzunehmen. Statt einer sachlichen Erklärung stellte er dem Journalisten eine ausweichende Gegenfrage nach dessen Töchtern – ein rhetorischer Schachzug, der die ursprüngliche Problematik nicht nur relativiert, sondern die Diskussion auf frauenfeindliche Narrative umlenkt.

Wir als Junger DBSH verurteilen diese rassistisch-diskriminierende Stadtbild-Aussage. Sie ist dem Amt des Bundeskanzlers nicht würdig. Solche Aussagen befeuern rassistische und gefährlich vereinfachende Narrative, in denen Migrant*innen pauschal als Bedrohung dargestellt werden. Das spaltet unsere Gesellschaft und begünstigt Radikalisierung.

Fakt ist:

Deutschland hat ein ernstzunehmendes Problem mit geschlechtsspezifisch gegen Frauen gerichtete Straftaten. Fast jeden dritten Tag findet in Deutschland ein Femizid – also die Tötung einer Frau, weil sie eine Frau ist – statt. Die Zahl politisch motivierter frauenfeindlicher Straftaten stieg allein 2023 um **über 56 %**. Besonders häufig: Beleidigungen¹, die sich aus der zunehmenden Verrohung der öffentlichen Debatte speisen – ein Klima, das durch populistische Aussagen wie jene von Herrn Merz weiter befeuert wird. Auch aus der Union ist zunehmend eine Verschiebung des Sagbaren zu beobachten. Anstatt mit populistischen Aussagen weiterhin Hass und Hetze auf Kosten des Bürgertums zu schüren, wäre ein glaubhafter Einsatz für Frauen- und Kinderrecht notwendig. Das bedeutet: **konkrete Maßnahmen gegen patriarchale Strukturen**, nicht die Instrumentalisierung von „Töchtern“, um rassistische Erzählungen zu bedienen.

¹ Bundeskriminalamt, 2024, S.43ff.

Positionierung

Unsere Haltung als Junger DBSH:

Wir setzen uns entschieden gegen rassistische Narrative ein, die überdies noch mit der Instrumentalisierung der “Töchter” beziehungsweise junger Frauen ergänzt wird. Kulturelle Vielfalt ist kein Problem für das Stadtbild – vielmehr spiegelt sich darin die Not der Menschen, die politisch nicht gesehen und gehört werden und die in der politischen Arbeit von Friedrich Merz und seiner Partei keine Lobby und Unterstützung finden.

Was das Stadtbild tatsächlich prägt, sind **soziale Missstände**: Wohnungsnot, Armut, Ausgrenzung. Besonders dramatisch ist die Situation wohnungsloser Menschen, denen vielerorts das Minimum an hygienischer und sozialer Versorgung verwehrt bleiben. Dies ist aus sozialpolitischer Sicht nicht kein „Problem im Stadtbild“, sondern ein sozialpolitischer Skandal in einem der reichsten Länder der Welt.

Und Ja, Herr Merz:

An diesen Problemen muss in diesem Land gearbeitet werden - gemeinsam, ehrlich und in einem respektvollen Diskurs. Nicht durch rassistische Hetze und die Instrumentalisierung von Frauen für Ihre parteipolitische Agenda. Was es dafür braucht, ist ein **ethischer und moralischer Kompass**, den Sie Herr Merz aktuell leider vermissen lassen.

Wir erlauben uns daher, Ihnen die gedruckte Fassung der [Berufsethik](#) des DBSH zuzusenden – als Einladung zur Reflexion über professionelles, respektbasiertes und menschenrechtbasiertes Handeln. Niemand wird bei uns als „komische Figur“ stigmatisiert – solche Sprache ist mit unserer Ethik nicht vereinbar.

Wir fordern Sie also, kalibrieren Sie, gemeinsam mit Ihrer Fraktion Ihren ethisch / moralischen Kompass neu!

Unsere Forderungen:

- Eine aufrichtige und öffentliche Entschuldigung von Herrn Merz für seine rassistischen Äußerungen
- Die Einordnung von Catcalling als sexuelle Belästigung unter §184i StGB
- Den Ausbau und die Förderung von Beratungs- und Unterstützungsangeboten für Betroffene sexualisierter Gewalt
- Die flächendeckende Einführung der anonymen Spurensicherung (ASS)
- Die Verankerung verbindlicher Protokolle sowie Sensibilisierung von Polizeidienststellen bei Anzeigen zu sexualisierter Gewalt

Wir stehen klar und konsequent für Menschenrechte, Gleichwertigkeit und soziale Gerechtigkeit. Das erwarten wir auch von politischer Führung.

Die Würde aller Menschen ist unantastbar – nicht nur im Grundgesetz, sondern in der gelebten Realität.